

Alois Glück, MdL
Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU

„Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung“

39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
Würzburg, 10. Mai 2002

Wieder mehr öffentliches Engagement von Christen nötig

Bei aller Bedeutung der Tagesaktualität – die regelmäßige Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer politischen Arbeit, auf die Grundausrichtung, auf eine christliche Orientierung, ist – neben der Bewältigung des jeweils aktuellen Pensums – unverzichtbar. Von zentraler Bedeutung für CDU und CSU ist weiter, dass sich genügend Menschen als Christen mit ihrer christlichen Grundorientierung in den beiden C-Parteien engagieren. Mich besorgt die Beobachtung, dass sich immer weniger engagierte Christen in das öffentliche Leben, in die Politik, vor allem auch in die Unionsparteien, einbringen. Auf Dauer werden unsere beiden Parteien ihre Identität als C-Parteien nur dann aufrechterhalten können, wenn es genügend Christen gibt, die sich bei uns engagieren wollen. Um dies wieder zu erreichen, muss an vielen Punkten angesetzt werden. Unverzichtbar ist hier m. E., dass wir immer wieder deutlich machen: Wenn Christen in ihren kirchlichen Gemeinschaften an andere außerhalb Resolutionen schicken, aber selbst dabei in ihrer Art Naturschutzpark bleiben, dann gibt es „draußen in der Welt“, in politischen Gremien beispielsweise, immer weniger, die mit dem Gedankengut solcher Resolutionen vertraut sind. Wenn aber immer weniger so etwas verstehen, dann werden all diese Resolutionen auch immer weniger bewirken.

Ein Grund für das zurückgehende Engagement von Christinnen und Christen ist (ich will jetzt einmal von der katholischen Kirche sprechen, in der ich zu Hause bin): Der Weltdienst der Christen, gerade auch in seiner spirituellen Bedeutung, spielt innerkirchlich eine immer geringere Rolle. Die Bedeutung dieses Dienstes müsste aber gerade im Gegenteil immer wieder heraus gestellt werden, auch im Rahmen der kirchlichen Verkündigung. Aus dem kirchlichen Amt heraus, in der kirchlichen Verkündigung erlebe ich jedoch immer weniger Ermutigung für ein öffentliches Engagement von Christen. Diese Entwicklung halte ich für fatal.

Was das Gewicht des „C“ in den Unionsparteien anlangt, so hängt dies aber auch von uns Politikern selbst ab. Deshalb ist beispielsweise die Existenz des Evangelischen Arbeitskreises von großer Bedeutung. Hier bietet sich ein Forum, christliches Gedankengut immer wieder zur Sprache zu bringen und zur Diskussion zu stellen. Von hier aus kann in die Partei und in die Öffentlichkeit hinein gewirkt werden.

Auch in einer weiteren Hinsicht sind Christen in der Politik gefordert: Es ist ja nicht so, dass wir heute in der Öffentlichkeit in Deutschland eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber christlichen Positionen hätten. Unser Problem ist eher, dass sich eine Gleichgültigkeit breit macht. Christliche Positionen oder Appelle verdunsten eher, als dass sie auf aktive Gegnerschaft stießen. Umso energischer müssen wir für sie werben. Ein solches Engagement kann aber nur etwas bewirken, wenn es nicht allein auf eine gute Gesinnung gestützt ist. Christen müssen auch Kompetenz in den Sachfragen unserer Zeit einbringen. Dies betone ich gerade bei Diskussionen in kirchlichen Gruppen immer wieder: Mit Gesinnung allein ist in der Politik nichts erreicht. Ich spreche in diesem Zusammenhang gerne von den drei Ks, die wir brauchen: Wir brauchen einen Kompass als Koordinatensystem unseres Handelns. Wir brauchen Kompetenz, die nicht durch Gesinnung ersetzt werden kann. Drittens ist Kompromissfähigkeit unverzichtbar.

Wir müssen uns weiter darüber klar werden, dass wir als Christen in Deutschland in einer wertpluralen Gesellschaft leben, und die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Dies gilt für die Bildungspolitik, über die wir uns heute austauschen, wie für andere Politikbereiche gleichermaßen. Diejenigen, die selbst keinen Zugang mehr zum Glauben oder zur Kirche haben, müssen den Eindruck vermittelt bekommen, dass wir Christen etwas zur Lösung der Probleme unserer Zeit beizutragen haben. Dann werden wir Christen auch Gehör finden.

Aussagen über Anforderungen in der Zukunft heute schwieriger als früher

Das Thema heute ist die Frage nach den Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung. Wer hier etwas dazu sagen will, muss Prognosen abgeben, darüber beispielsweise, wie unsere Zukunft in 10, 15 Jahren aussehen wird. Bei solchen Zukunftsüberlegungen besteht heute wesentlich mehr Unsicherheit als vielleicht noch vor 10 Jahren. Damals haben wir, zumindest mehrheitlich, noch relativ sicher geglaubt zu wissen, in welche Welt, insbesondere auch in welche Arbeitswelt, ein Kind nach Ende seiner Schulzeit entlassen wird. In sol-

chen Prognosen sind wir heute wesentlich vorsichtiger, da vieles nicht richtig absehbar ist. Wir müssen deshalb unsere Kinder auf eine Welt vorbereiten, die in ihren Zukunftsperspektiven deutlich offener ist, in der Veränderungen wesentlich wahrscheinlicher sind, die wir im Einzelnen nur in Umrissen erkennen. Aber auch hierfür müssen wir sie vorbereiten und können nicht einfach die Hände in den Schoß legen.

Drei Grunderfahrungen für Kinder

Unabhängig vom Bildungsstand, vom Schulsystem oder sonstigen Rahmenbedingungen für das Leben von Kindern in dieser Welt, halte ich drei Aspekte für zentral:

Kinder müssen erstens die Erfahrung machen, dass sie in dieser Welt angenommen sind. Daraus erwächst ein Urvertrauen als Lebenshaltung. Das ist unendlich wichtig für die Entwicklung, den Lebensweg eines jeden Einzelnen. Hier ist vor allem all das von Bedeutung, was in den ersten Lebensjahren geschieht. Was hier notwendig ist, kann die Politik kaum garantieren. Wir können allerdings die Bedeutung einer solchen Grundlage, die in den ersten Lebensjahren gelegt wird, immer wieder ins öffentliche Bewusstsein und das der Eltern rufen. Denn dies ist heute dort nicht immer ausreichend verankert.

Kinder sollten zweitens die Erfahrung mit Erwachsenen machen, die über ein Koordinatensystem verfügen, das von mehr geprägt ist als nur von Erfolg oder Konsum. Kinder sollten Menschen begegnen, die eine Wertorientierung leben, an der sie sich orientieren, in die sie hineinwachsen können.

Drittens darf die natürliche kindliche Neugierde nicht behindert oder gar abgetötet werden. Wir müssen diese im Gegenteil pflegen und fördern. Kinder müssen die Erfahrung machen, dass ihre Neugierde grundsätzlich etwas Positives ist. Denn lebenslange Neugierde, die Bereitschaft lebenslang hinzuzulernen, wird in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein als bisher ohnehin.

Wenn Kinder diese drei Erfahrungen machen können, haben sie auch die Grundausstattung für einen guten Weg durchs weitere Leben.

Kinder wieder in den Mittelpunkt

Wir müssen also zuerst auf die Kinder schauen. Bei der bildungspolitischen Diskussion unserer Zeit fällt mir aber seit längerem mehr und mehr auf, dass davon, was Kinder wirklich brauchen, vergleichsweise wenig die Rede ist. Dies gilt im Übrigen auch für den Bereich der Familienpolitik. Dort diskutieren wir primär mit Blick auf Interessenslage und Perspektiven der Erwachsenen. Es ist – dies als Randbemerkung – sicher richtig, verstärkt Kinderbetreuungseinrichtungen anzubieten. Wir müssten aber daneben wesentlich stärker als bisher darüber diskutieren, was Kinder eigentlich brauchen. Ein Beispiel: Überlegungen, wie wir die Erziehungskompetenz der Eltern stärken können, spielen kaum eine Rolle in unseren Diskussionen.

Auch in den Schuldebatten ist meiner Beobachtung nach viel zu wenig davon die Rede, was nach Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie oder der Hirnforschung Kinder für ihre Entwicklung benötigen. Wir sind hier beispielsweise viel zu stark in der Gefahr, ausschließlich von den Fragen der Tagesaktualität bestimmt zu werden. Natürlich können wir uns den täglichen Anforderungen nicht vollkommen entziehen, sonst könnten wir auch nicht mehr meinungsbildend wirken. Die Kunst in der Politik besteht allerdings darin, beides miteinander zu verbinden: Auf der einen Seite müssen die täglichen Anforderungen angemessen bewältigt werden, auf der anderen Seite dürfen wir uns aber hiervon nicht ausschließlich bestimmen lassen.

Bildung nicht ausschließlich Vorbereitung auf die Arbeitswelt

Es ist nachvollziehbar, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt in den letzten Jahren bildungspolitische und schulpolitische Diskussionen stark geprägt haben. In einem Schulsystem, das an diesen Realitäten vorbei ginge, würden unsere Kinder und Jugendlichen auf einen ganz wesentlichen Teil ihres Lebens nicht vorbereitet werden.

Es wäre allerdings fatal, wenn Schule und Bildungspolitik auf den Zweck der Vorbereitung auf die Arbeitswelt reduziert würden. Dies würde viel zu kurz greifen. Bildung bedeutet weit mehr. Ich nenne hier nur den Zusammenhang von Bildung, Persönlichkeitsbildung und Erziehung. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen mit Gewalt in letzter Zeit, auch

an Schulen, bestimmen diese Fragen – zu Recht - wieder verstärkt die bildungspolitische Diskussion.

Nicht zuletzt die Debatten um die PISA-Studie machen deutlich: Wir müssen auch und mit Vorrang darüber diskutieren, was Bildung, im besonderen Persönlichkeitsbildung unter den Bedingungen von heute gerade im öffentlichen Schulwesen heißt. Was bedeutet dies angesichts der Vielfalt der Wertvorstellungen, angesichts unterschiedlichster Erziehungsvorstellungen bei Eltern wie Lehrern, angesichts einer sog. Wissensgesellschaft, angesichts der Globalisierung, die keinesfalls nur ein ökonomischer Prozess ist?

Christliches Menschenbild als zentrale Orientierung

Gerade der letzte Aspekt macht deutlich, dass wir uns auch im Rahmen der bildungspolitischen Diskussion auf ganz grundlegende Fragen einlassen müssen. Globalisierung gehört hierzu. Denn Globalisierung ist auch eine Konfrontation von Kulturen, anderen Wertvorstellungen. Wer diese Debatte ernst nimmt und aufgreift, kommt schnell zu der Frage nach dem Menschenbild, das wir unserem Handeln zugrunde legen wollen. Diese Frage ist in den letzten ein, zwei Jahren in die Politik zurückgekehrt. Gerade die Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie, neue Fragestellungen im Bereich der Bioethik, haben die Frage nach dem Menschenbild wieder auf die Tagesordnung der Politik gesetzt. Antworten darauf spielen in den verschiedensten Politikbereichen eine Rolle. Auch Bildungspolitik kann man nicht gestalten, wenn man nicht versucht, sie auf der Grundlage eines Menschenbildes zu entwickeln. Denn es geht auch hier nicht allein um Reparaturen! Wir müssen im einzelnen Antworten auf unterschiedlichste Fragen finden. Was trauen wir den Menschen zu? Wo sind Grenzen seiner Belastbarkeit?

Bei dem Bemühen um solche Antworten haben wir Christen entscheidende Beiträge einzubringen. Für mich ist ganz klar: Das christliche Menschenbild ist d e r Kompass für eine humane Zukunft in unserem Land. Es ist dabei eine Art Kurzformel für unsere gemeinsame christlich-europäische Wertetradition:

Jeder Mensch mit gleichem Wert

Das christliche Menschenbild kennt keine unterschiedliche Wertigkeit des Menschen. Alle sind gleich. Nützlichkeit, Alter, Gesundheit, Krankheit oder andere Kriterien spielen keine Rolle. Das mag manchen selbstverständlich scheinen. Das ist es aber heutzutage nicht mehr. Allein die Debatte um Zulässigkeit und Grenzen biotechnologischer Forschung in den letzten Jahren hat dies überdeutlich gezeigt. Auch die Exzesse der Gewalt, die wir immer wieder beobachten müssen, zeigen, dass die gleiche Wertigkeit aller Menschen, eben weil sie Menschen sind, nicht selbstverständlich ist. Denn Gewalt entsteht immer dort, wo der andere nicht als gleichrangig anerkannt wird. So lange wir ihn in gleicher Weise respektieren, gibt es keine Eskalation der Gewalt. Dies fängt an bei der Brutalität von Kindern untereinander. Auch früher gab es in diesem Alter schon Regelübertretungen. Weithin war aber immer noch eine Art Ehrenkodex gültig: Wenn der andere am Boden lag, ist man beispielsweise nicht mehr mit dem Stiefel auf sein Gesicht getreten. Wie heute aus Schulen, teilweise schon aus Kindergärten berichtet wird, gelten solche Grenzen immer weniger.

Den Zusammenhang von Gewalt und Missachtung des Wertes anderer erleben wir exemplarisch bei Rechtsradikalen. Dass man anders und trotzdem gleichwertig sein kann, passt nicht in ihr Weltbild. Rechtsradikale Musikgruppen beispielsweise wenden sich in ihren Liedern gegen verschiedene Gruppen und Einzelne, die ihren Normen und Vorstellungen nicht entsprechen. Dies können Türken und andere Ausländer, Behinderte oder auch ältere Menschen sein.

Wir setzen demgegenüber das christliche Menschenbild, das seine Wurzeln in der Gottes Ebenbildlichkeit jedes Einzelnen hat: Jeder einzelne Mensch hat die gleiche Würde vor Gott und den Menschen, weil jeder in demselben Maße Ebenbild Gottes ist. Nur wenn wir dem wieder allgemeine Gültigkeit verschaffen, kommen wir aus den Negativspiralen der letzten Jahre wieder heraus. In einer Diskussion um das Positionspapier der CSU zur Aktiven Bürgergesellschaft meinte eine Pädagogin zu mir: „Sie können sich gar nicht vorstellen, was sich an unseren Schulen verändern würde, wenn alle Respekt voreinander hätten. Die Kinder untereinander, die Kinder gegenüber den Lehrkräften, aber auch die Lehrkräfte gegenüber den Kindern“. Es scheint etwas ganz einfaches zu sein, Respekt voreinander zu haben. Dennoch ist es nicht selbstverständlich. Das christliche Menschenbild hat hier auch für diejenigen, die die zugrunde liegende religiöse Dimension nicht akzeptieren, zentrale Bedeutung.

Rücksichtnahme, Solidarität, Lebensschutz

Zum Respekt voreinander gehört Rücksichtnahme. Zum christlichen Menschenbild gehört deshalb auch die Solidarität mit dem Anderen. Jeder von uns hat die Erfahrung gemacht, dass er sich nur entwickeln konnte, weil auch andere Menschen sich ihm zugewandt haben. Diese Erfahrung findet sich wieder im sog. Prinzip der Gegenseitigkeit: Wer etwas erhalten hat, hat auch die innere Verpflichtung, im Rahmen seiner Möglichkeiten etwas zurückzugeben. Auch dies klingt eher einfach. Aber unsere Welt würde sich grundlegend verändern, wenn dieses Prinzip allgemein anerkannte Leitvorstellung wäre. Wir müssen deshalb erreichen, dass das offene oder zumindest heimliche Leitbild unserer Gesellschaft, dass diejenigen, die beneidet werden, nicht mehr die Cleveren sind, die mit möglichst wenig Anstrengung möglichst viel für sich herausholen.

Das christliche Menschenbild steht auch für eine Politik des Lebensschutzes, es steht weiter für Barmherzigkeit und Verzeihung, weil der Mensch auch mit seinen Fehlern und Grenzen akzeptiert ist.

Kultur der Verantwortung als Umsetzung des christlichen Menschenbildes

Wenn wir das christliche Menschenbild als Ausgangsvoraussetzung für unsere bildungspolitischen Überlegungen nehmen, stellt sich natürlich die Frage, wie sich eine solche Grundorientierung damit verträgt, dass für viele das christliche Vokabular, eine christlich-religiöse Orientierung kaum mehr zugänglich, wenig nachvollziehbar oder sogar verdächtig sind. Ich denke, dass man die Menschen für Umsetzungen des christlichen Menschenbildes in die Anforderungen der konkreten Politik sehr wohl gewinnen kann, auch wenn sie, wie bereits gesagt, die religiöse Dimension als Fundament nicht teilen. Im Positionspapier der CSU zur Aktiven Bürgergesellschaft haben wir versucht, auf Basis dieses Menschenbildes konkrete Prinzipien und Anforderungen auszuformulieren.

Wir haben dabei von einer Kultur der Verantwortung gesprochen, die verschiedene Elemente aufweist: Zunächst geht es dabei darum, für sich selbst Verantwortung zu übernehmen und damit der Eigenverantwortung den Vorrang einzuräumen. Vorrang der Eigenver-

antwortung heißt auf unser Thema Bildung bezogen, dass es vorrangiges Erziehungsziel sein muss, Kinder, Jugendliche, Heranwachsende dazu zu befähigen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Auch deshalb können Forderungen nach einer Rückkehr zu autoritären Leitbildern, wie sie manchmal erhoben werden, keinen Bestand haben. Vorrang für die Eigenverantwortung bedeutet auch, loslassen zu können, zu akzeptieren, dass Kinder ihren eigenen Weg gehen dürfen. Nur so stärken wir die Fähigkeit, Abhängigkeiten, beispielsweise von Gruppenerwartungen, Konsumhaltungen zu überwinden.

Eigenverantwortung bedeutet, gesellschaftspolitisch weiter gedacht, auch, dass der Einzelne das leisten muss, was ihm zumutbar ist. Hier haben wir die Alternative zu einer Geisteshaltung, die Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert hat wie kaum etwas anderes. Ich meine ein Verständnis von Selbstverwirklichung, das Emanzipation, Befreiung so versteht: „Alle Freiheiten für mich und alle Verpflichtungen für die Anderen!“ Das Prinzip, Verantwortung zu übernehmen für sich selbst, muss eine Art roter Faden der Erziehung an unseren Schulen sein. Ungeachtet seiner christlichen Herleitung ist dies m. E. auch im staatlichen Schulwesen möglich, in dem ich nicht von vorne herein christliche Positionen als für alle akzeptabel unterstellen kann.

Zum zweiten geht es bei einer Kultur der Verantwortung darum, Verantwortung zu übernehmen für die Mitmenschen. Für Christen heißt dies schlicht und einfach Nächstenliebe, die ihren Grund im christlichen Glauben hat. Aber auch für diejenigen, die sich nicht als Christen verstehen, lässt sich die Notwendigkeit für Andere Verantwortung zu übernehmen, begründen. Begründen müssen wir aber in jedem Fall, da es hier nicht nur um Appell, Moralisierung oder Opfergang gehen kann. Mir scheint dabei der Grundgedanke von Viktor E. Frankl wichtig, der formuliert hat, dass der Mensch in seinem Leben nur dann Sinn finden könne, wenn er sich anderen Menschen oder Aufgaben zuwendet. In der Missachtung dieser Einsicht liegt eine der großen Selbsttäuschungen derer, die sich der Ideologie der Selbstverwirklichung in den letzten Jahren und Jahrzehnten verschrieben haben. Auf dem Weg dieser Ideologie findet nämlich der Einzelne nicht zur Freiheit und nicht zur Sinnfindung. Genau so, wie Materielles allein nicht weiter führt, führt auch eine solche Ich-Fixierung nicht weiter. Wir können und müssen die Hinwendung zum anderen deshalb in erster Linie als Chance für das eigene Leben, für die Entfaltung des eigenen Lebens, für unsere Sinnfindung interpretieren. Ein solches Verständnis von Lebensentfaltung und Sinnfindung hat auch konkrete politische Auswirkungen, etwa bei der Frage des Ehrenamtes. Verkürzt formuliert kann man sagen: „Wer sich engagiert, gewinnt!“

Wir dürfen deshalb als Politiker nicht durch die Lande ziehen und die Menschen nur dadurch für das Ehrenamt zu gewinnen versuchen, indem wir auf die Notwendigkeit dieses Engagements für die Allgemeinheit, für andere verweisen. Viel wichtiger ist es, den Menschen deutlich zu machen, dass jeder, der sich ehrenamtlich engagiert, für sich selbst gewinnen kann. Viele haben dies schon erfahren: „Ich habe über ein solches Engagement Fähigkeiten entwickelt, die ich ohne dieses nicht entwickelt hätte. Ich habe in meinem Ehrenamt Begegnungen erfahren, die Bereicherung für mein Leben und eine Horizonterweiterung sind. Ich gewinne durch mein Ehrenamt.“ Wir haben also mit dem christlichen Menschenbild, mit dem Prinzip der Verantwortung für den anderen nicht nur eine Verpflichtung anzubieten, sondern wir zeigen hier einen Weg auf, wie Menschen Lebenssinn, Lebensbereicherung gewinnen können.

Eine dritte Ausformung einer Kultur der Verantwortung auf der Basis des christlichen Menschenbildes lautet: „Mitverantwortung für das Gemeinwesen“.

Verantwortung zu übernehmen bedeutet, viertens, immer auch Mitverantwortung für die gemeinsame Zukunft zu tragen. Es geht hier um das Prinzip der Nachhaltigkeit. Wenn auch Nachhaltigkeit mittlerweile, vielleicht auch im Bereich der Bildungs- und Schulpolitik, eine Art Modebegriff geworden ist, so mindert das nicht die zentrale Bedeutung dieses Prinzips.

Kultur der Verantwortung: Umsetzung in den Schulalltag

Die Formulierungen konkreter Ableitungen aus dem christlichen Menschenbild müssen nun umgesetzt werden, in den Alltag, in die Praxis, in das tägliche Leben. Hierfür gibt es bereits viele positive Beispiele. Mich hat sehr beeindruckt, wie manche Schulen in Bayern – sicher auch anderswo -, die disziplinäre Probleme hatten, diese Probleme miteinander diskutierten und nach Lösungsmöglichkeiten suchten. Häufig wurden die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses in einer Art Schulvertrag oder Hausvertrag ausformuliert. Mir wurde durchgängig berichtet, dass überall dort, wo dieser Weg eingeschlagen wurde, sich das innere Klima in den Schulen grundlegend verändert hat. Was geschah und geschieht in diesen Fällen? Etwas, was früher allgemein akzeptiert war, wird neu und gemeinsam erarbeitet. Es wird beispielsweise ausformuliert, wie sich das Gebot der Rücksichtnahme im praktischen Schulalltag auswirken soll.

Diskussion über Orientierung und Maßstäbe: Beitrag der Christen gefordert

In der Debatte um die künftige Ausrichtung der Schulen, um Fragen der Wertorientierung und ihrer Umsetzung wie in den Fällen, die ich eben geschildert habe, vermisse ich allerdings den Beitrag der Christen. Christen diskutieren beispielsweise über die erforderliche Finanzierung von Privatschulen, was legitim ist. Dabei kann es aber nicht sein Bewenden haben. Es ist kein gutes Zeichen, wenn aus den Wertorientierten Gesellschaftsgruppen wie den Kirchen gerade in der jetzigen Phase der Suche und der Orientierung, wenn es darum geht, über eine Bildung nachzudenken, die über berufliche Vorbereitung hinausgeht, keine oder wenige Beiträge formuliert werden.

Ähnliches gilt für andere Bereiche der Politik. Die evangelische Sozialethik wie die katholische Soziallehre haben die Entwicklung des Sozialstaats in Deutschland ganz wesentlich mitgeprägt. Leider kann ich nicht erkennen, dass es gegenwärtig viele fruchtbare Impulse aus dem kirchlichen Bereich gibt, die dazu beitragen, vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Entwicklung der Informationstechnologie diese gedanklichen Grundlagen weiterzuentwickeln. Nicht wenige Vertreter der christlichen Soziallehre bewegen sich gedanklich immer noch in den Zeiten der klassischen Industriegesellschaft, die u. a. von dem Antagonismus von Arbeit und Kapital bestimmt war. Wir haben heute aber ganz andere Fragen zu bewältigen als früher. Die Quellen der christlichen Soziallehre werden deshalb heutzutage kaum mehr genutzt, um Antworten auf die Probleme unserer Zeit zu finden.

Es geht mir aber nicht darum, die Verantwortung auf bestimmte einzelne Gruppen abzuschieben. Wir alle müssen uns immer wieder der Frage stellen, was wir in die Debatten unserer Zeit, die Orientierung braucht und nach Werten fragt, einbringen. Meistens belassen wir Christen es bei Appellen und klagen darüber, wie schlecht die Welt sei. Häufig bleiben wir auch bei der Diskussion materieller Fragen stehen. Natürlich gehören zu den Bedingungen zukunftsfähiger Bildung beispielsweise auch materielle und organisatorische. Natürlich sind ein Mehr an Personal und kleinere Klassen erstrebenswert. Diese Punkte sind jedoch nicht allein entscheidend, wie gerade die PISA-Studie zeigt. Erfolg in der Schule hängt nicht ausschließlich an Klassengrößen und äußerer Ausstattung. Diese Punkte sind wichtig und Fragen dazu selbstverständlich legitim. Anderes ist aber von weitaus größerer Bedeutung.

Chancengerechtigkeit als zentrales Ziel von Bildungspolitik

Ihre Tagung hier steht unter dem Leitwort „Gerechtigkeit gestalten“. Was heißt das für die Bildungspolitik? Meiner Meinung nach ist gerade unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft eine der wichtigsten Ausprägungen von Gerechtigkeit die Vermittlung von Chancengerechtigkeit. Wir müssen unser Bildungswesen so gestalten, dass unabhängig vom Status und der Finanzkraft der Eltern jeder Mensch seiner Begabung gemäß gefordert und damit gefördert wird. Chancengerechtigkeit in einer Wissensgesellschaft muss heißen, dass für die Lebenschancen des Einzelnen materielle Grundausstattung immer weniger bedeutsam wird.

Hierüber müssen wir in Deutschland neu nachdenken. In der Vergangenheit war ich immer der Auffassung, dass wir in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ein Plus an Chancengerechtigkeit haben. In den allermeisten Ländern sind Bildungschancen fast zwingend mit dem Besuch privater Schulen und Bildungseinrichtungen verbunden. Diese sind aber nur den Wohlhabenden zugänglich. Unser öffentliches Schulwesen in Deutschland ist demgegenüber nicht schlechter als das private in anderen Ländern. Mittlerweile zeigt uns aber die PISA-Studie, dass es an diesem Punkt um Deutschland offensichtlich nicht so gut bestellt ist, wie ich lange dachte. Unser Bildungssystem scheint nicht so durchlässig zu sein, wie es sein müsste. Dies hängt zum einen sicher mit Aspekten zusammen wie dem der Sprachkompetenz. Wir haben in Deutschland zahlreiche Schulklassen, in denen ein beträchtlicher Teil der Kinder kaum deutsch spricht. Dies gilt vor allem für Kinder von Ausländern und Zuwanderern. Hier müssen wir erreichen, dass Kinder, die in die Schule kommen, ein gewisses Mindestmaß an Sprachkompetenz mitbringen.

Wir haben aber auch bezogen auf die deutsche Bevölkerung ein Defizit bei der Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem. An dem Maßstab der Chancengerechtigkeit muss sich die Politik jedoch messen lassen. Bildungsgerechtigkeit heißt immer auch, dass Ungleichheiten zugelassen werden, dass unterschiedliche Begabungen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Was die Einzelnen aus sich machen, hängt nicht zuletzt von ihrer eigenen Anstrengung ab. Es muss aber gewährleistet sein, dass diejenigen, die ihre Begabung entsprechend nutzen, die Chance haben weiterzukommen.

Mehr Eigenverantwortung für die einzelne Schule

Teil eines zukunftsfähigen Schulwesens ist es auch, den einzelnen Schulen mehr Freiraum zu lassen, ihnen eine höhere Eigenverantwortung zu geben. Grenze hierbei muss die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse bleiben. Wir brauchen Schulen mit mehr Freiraum, aber keine vollkommen autonomen Schulen. Der Weg dorthin erfordert einen nicht einfachen Lernprozess. Uns allen fällt es schwer, loszulassen, wenn wir es seit Jahren und Jahrzehnten nicht gewohnt sind. Es finden sich auch immer Argumente, die gegen mehr Freiraum, gegen mehr Eigenverantwortlichkeit sprechen. Zum einen unterstützen wir gerne Forderungen nach mehr Freiheit und Autonomie, zum anderen würden wir aber dann doch gern bei diesen oder jenen Einzelheiten und Einzelentscheidungen wieder mitmischen können. Dies gilt für die Verwaltung wie für die Politik.

Subsidiaritätsprinzip und christliches Menschenbild als Orientierung

Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung: Neben dem zentralen Strukturelement des Subsidiaritätsprinzips gibt uns das Menschenbild der christlich-europäischen Wertetradition wichtige Orientierungen und Maßstäbe. Seine Ausformungen sind auch für Nichtchristen akzeptabel. Die Konkretisierungen des christlichen Menschenbildes können deshalb Leitlinie auch für eine Gesellschaft sein, die in Teilen nicht mehr christlich bestimmt ist.